

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmandruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

18/82
15. November

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Kapazitätsabbau in der Lehrerausbildung

Sprach- und ges(ch)ichtslose Universität?

Pläne des Wissenschaftsministers treffen Lebensnerv der Hochschule - Germanistik, Geschichte, Russisch, Sozialkunde und Geographie im Gymnasial- und Realschulbereich betroffen

„Wir stehen vor der wahrscheinlich schwierigsten Situation seit Bestehen der Universität.“ Mit diesen Worten kommentierte Präsident Dr. Horst Zilleßen die Pläne des Niedersächsischen Wissenschaftsministers zur Reduzierung der Ausbildungskapazität für die Lehramtsstudiengänge im Real- und Gymnasialbereich. Danach sollen an der Universität Oldenburg im Gymnasialbereich die Studiengänge Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Russisch und im Realschulbereich die Studiengänge Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde fallen. Dazu erklärte der Präsident, die Hochschule müsse sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften wehren. Gleichzeitig seien die Repräsentanten der gesamten Region aufgefordert, ihren Einfluß geltend zu machen, um einen Plan zu verhindern, der den Lebensnerv der Universität trafe. Wer die Auseinandersetzung mit der eigenen Sprache und der Geschichte in Forschung und Lehre nahezu unterbinde, wolle offensichtlich - abgesehen von der Verringerung der Bildungschancen für die junge Generation - die Universität als ein Zentrum des kulturellen Lebens der Region vernichten. Wörtlich sagte Zilleßen: „Wir haben nicht die Phantasie gehabt, um uns vorstellen zu können, daß die Landesregierung ernsthaft solche Pläne verfolgt.“

Nachdrücklich betonte Zilleßen, daß die Rücknahme dieser Pläne in der

Hochschulpolitik nun absolute Priorität genießen müßte. Die Liquidierung der Studiengänge könnte auch unter keinen Umständen durch zum Teil versprochene oder in Aussicht gestellte neue Studiengänge wie Rechtswissenschaft, Informatik und Lebensmittelchemie kompensiert werden.

Die Universität sei stets davon ausgegangen, daß diese Studiengänge ein zusätzliches Angebot zu den vorhandenen darstellen müßten. Andere Neugründungen aus den 70er Jahren mit nicht einmal der Hälfte der Studenten - wie z.B. die Universität Bamberg - verfügten über mehr Studiengänge als die Universität Oldenburg. Ein differenziertes Fächerangebot sei die Grundbedingung für Ausbildungsmöglichkeiten, die erst ein Mindestmaß an Chancengleichheit für die Jugend dieses Raumes sicherstellen. Zilleßen dazu wörtlich: „Wir mußten uns natürlich wie andere Hochschulen auch darauf einstellen, daß im gesamten Lehramtsbereich Kapazitäten abgebaut werden. Dies war für uns aber immer eine Frage der Quantität und nicht der Qualität, d.h. der Vernichtung ganzer Fächer.“

Man müsse sich fragen, welcher Bildungsbegriff hinter einer solchen Politik stehe. Gerade CDU-Politiker beriefen sich mit Recht auf die große Tradition der deutschen Universitäten und ihrer humanistischen Ausbildung. Die jetzigen Pläne zur Schaffung einer „sprach- und geschichtslosen Universität“ schlugen dieser Tradition ins Gesicht.

Darüber hinaus gehörten Germanistik und Geschichte zu den Fächern an der Universität Oldenburg, deren Forschung weit über die Region hinaus Anerkennung gefunden hätten. Mit dem Fach Geschichte entfielen zudem der Forschungsschwerpunkt Regionalgeschichte, der ein wichtiges Bindeglied zwischen Region und Universität geworden sei. Gleichzeitig betonte Zilleßen, daß auch die Fächer Russisch, Sozialkunde und Geographie nicht zur Disposition stehen

dürften. Sie seien angesichts des ohnehin nicht sehr differenzierten Studienangebots an der Universität Oldenburg außerordentlich wichtig und notwendig. Russisch sei schließlich eine von nur zwei Sprachen, die an der Universität gelehrt würden.

Auch wenn an anderen Universitäten Studiengänge eingestellt werden, so sieht die Kabinettsvorlage des Wissenschaftsministers zweifellos die weitreichenden Eingriffe ins fachwissenschaftliche Spektrum bei der Universität Oldenburg vor. Zwar wurden an der Universität Hannover insgesamt zwölf Studiengänge im Gymnasial- und Realschulbereich gestrichen, doch bleiben die Fächer im Kern für das Studium als Zweifach erhalten.

Insgesamt möchte die Landesregierung die Kapazität im Gymnasialbereich von 2100 auf 1000 Studienplätze jährlich reduzieren, im Realschulbereich auf 500.

Was mit dem wissenschaftlichen Personal in den aufgehobenen Studiengängen geschehen soll, ist im Detail noch nicht geklärt. Dazu heißt es in der Kabinettsvorlage lediglich: „Die heute der Lehrerausbildung zur Verfügung stehenden Stellen sollen bei Freiwerden nach Maßgabe des Bedarfs zu anderen Studiengängen verlagert werden, soweit dies nach diesem Konzept möglich ist. Soweit Stellen in der Lehrerausbildung nicht mehr benötigt werden, sieht das Konzept den Einsatz des von der Schließung von Teilstudiengängen im Rahmen von Dienstleistungen für andere Studiengänge sowie für Lehraufgaben im Bereich von Weiterbildungsstudiengängen für Lehrer vor. Es kommt aber auch im Einzelfall durchaus in Betracht, dieses Personal ggfs. an Hochschulstandorte, an denen nicht geschlossene Teilstudiengänge einer personellen Verstärkung bedürfen, zu gegebener Zeit zu versetzen.“

Mit ihren neuesten Plänen will die Landesregierung offensichtlich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen soll durch die Liquidierung der Studiengänge unmittelbar wissenschaftliches Personal eingespart und damit der öffentliche Haushalt entlastet werden. Zum anderen möchte die Landesregierung durch diese Politik aber auch erreichen, daß das Studium an einer Hochschule für immer mehr angehende Studenten unattraktiver wird. Denn durch die gezielte Liquidierung bestimmter Studiengänge an verschiedenen Hochschulstandorten werden die Kombinationsmöglichkeiten für Studenten erheblich verringert, was dazu führen wird, daß Studenten noch weniger die Chance haben, ihren Neigungen entsprechend ein Studium aufzunehmen.

In einer ersten Erklärung haben sich die Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter des Faches Germanistik an die Öffentlichkeit gewandt und u.a. erklärt: „Da es keine Universitäten ohne Germanistik gibt, würde die Amputation der Oldenburger

Rückfall in den Wissenschaftsprovinzialismus

Joachim Dyck und Gert Ueding

Auf die Frage: „Warum und zu welchem Ende studiert man Germanistik?“ hatten die Bildungsreformer bisher eine schnelle Antwort parat: „Um Deutschlehrer zu werden“. So scheint es nur konsequent, wenn eine Germanistik, die sich nur noch an den Bedürfnissen der Schule zu orientieren hatte, angesichts der drastischen Lehrerarbeitslosigkeit nun zurechtgestutzt oder ganz aus dem Fächerkanon einiger Universitäten entfernt wird: Die programmatische Bindung der Universität Oldenburg und anderer Neugründungen an die Schule legitimiert den Ministerien heute ihre Wünsche nach einer technischen Lösung eines bedrohlichen Problems. Zudem ist die einphasige Lehrerausbildung, die einst den Anspruch dieser Hochschule als Reforminstitution begründete, ausgelaufen: Der Pioniergeist muß sich nun mit der Elle des allgemeinen Geistes, muß sich an der Attraktivität der Angebote und der Qualität von Lehre und Forschung messen lassen.

Im Fach Germanistik hat aber gerade zu diesem Zeitpunkt eine zukunftsreiche Entwicklung begonnen. Mit der Besetzung des Lehrstuhls für Literaturtheorie bekam die Rhetorikforschung einen Schwerpunkt in Oldenburg, mit der Freigabe einer Professur für mittelalterliche deutsche Sprache und Literatur wird eine lange klaffende Lücke im literaturhistorischen Spektrum geschlossen. Der deutschen Literatur- und Sprachwissenschaft kommt ungewollter Weise eine Schlüsselstellung in den Geisteswissenschaften zu: Denn im Kanon der notwendigen Disziplinen fehlt die Althilologie, die Romanistik und eine ausgebaute Philosophie: Die Germanistik muß sich fächerübergreifend orientieren und komparatistische Fragestellungen in der Ausbildung besonders berücksichtigen.

Der Wegfall der Germanistik bedeutet nicht nur einen Rückfall in

einen Wissenschaftsprovinzialismus, so als könne man ausländische Literaturen und Sprachen, wie die englische, zureichend studieren, ohne die Landessprache und ihre Literatur angemessen zu berücksichtigen. Er bedeutet auch die Durchsetzung eines technokratischen Kunstverständnisses, dem es möglich erscheint, bildende Kunst, Musik und Literatur auf verschiedene Universitätsstandpunkte zu verteilen und als Studienbereiche zu trennen.

Wenn also die Germanistik im zukünftigen Fächerkanon fehlen sollte, dann enthält diese Hochschule ihren Studenten nicht nur die Beschäftigung mit der nationalen Kulturtradition und damit die Möglichkeit einer kulturellen Identitätsfindung vor, sondern die Sprache dieser Universität wird überhaupt auf ihr Nutzungsverhältnis reduziert. Die Auswirkungen auf den seit Jahrhunderten benachteiligten und kulturell rückständigen nordwestdeutschen Landesteil lassen sich leicht ausmachen: Direkt durch die Oldenburger Germanistik initiierte

Projekte und Kooperationen (Kibum, Zusammenarbeit mit dem Theater, Kolloquien) sterben ab, der überregionale Wissenschaftszusammenhang, der durch Forschung, Publikationen und auswärtige Vorträge hergestellt wird, zerfällt. Zerfallen wird auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den verbleibenden Geisteswissenschaften, sprich der Anglistik.

Welcher interessierte und sich selbst gegenüber verantwortlich handelnde Student würde unter den zukünftigen Bedingungen überhaupt ins Auge fassen, an einer Hochschule zu studieren, deren Armut schon heute sprichwörtlich ist? Wenn Germanistik und Geschichte als wissenschaftlich begründete Fächer dieser Hochschule entzogen werden, sollte man ihr den Namen „Universität“ gleich mit entziehen.

Gert Ueding Nachfolger von Walther Jens

Professor Dr. Gert Ueding, seit 1974 an der Universität Oldenburg lehrender Literaturwissenschaftler, hat einen Ruf für Allgemeine Rhetorik an der Universität Tübingen erhalten. Ueding soll Nachfolger von Walther Jens werden, der aus Krankheitsgründen voraussichtlich seinen Lehrstuhl vorzeitig freigibt.



Der gebürtige Schlesier studierte nach seinem Abitur im Jahre 1964 an den Universitäten Köln und Tübingen Germanistik, Philosophie, Rhetorik und Kunstgeschichte. Bereits 1968 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter und persönlicher Assistent von Ernst Bloch am Philosophischen Seminar in Tübingen. Nach seiner Promotion wechselte Ueding 1970 als Assistent an das von Hans Mayer geleitete Seminar für Deutsche Literatur und Sprache in Hannover über, wo er auch 1973 habilitierte. 1974 nahm er nach einer kurzen Gastprofessur an der Universität Hamburg den Ruf an die Universität Oldenburg als Professor für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft mit dem Schwerpunkt Literatursoziologie an. Der Schwerpunkt seiner zahllosen wissenschaftlichen Veröffentlichungen liegt im Bereich der Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts. Außerdem hat sich Gert Ueding als Kritiker zeitgenössischer Literatur bundesweit einen Namen gemacht. Ausdruck dafür ist u.a. die Berufung in zahlreiche Literaturpreisjüry.

Germanistik der Anfang eines voraussehbaren Prozesses sein, der am Ende die Gründung der Oldenburger Universität und ihre Entwicklung zur Volluniversität rückläufig machen würde.“ (siehe auch nebenstehenden Kommentar von Prof. Dr. Joachim Dyck und Prof. Dr. Gert Ueding). Ablehnend zu den Plänen der Landesregierung haben sich auch die Stadt Oldenburg, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der SPD-Unterbezirksvorstand geäußert. In der SPD-Erklärung heißt es drastisch: „Derartige Ansichten bedeuten „Aus-schlachtung statt Ausbau.“ gh

Keine Chance mehr für Jura?

Als ein klares Nein zu Jura hat Präsident Dr. Horst Zilleßen die Aussage des Wissenschaftsministers gewertet, an der Universität könne Jura nur eingerichtet werden, wenn sie die notwendigen 45 Stellen selbst erwirtschafte. Dem Minister sei bekannt, daß die Oldenburger Hochschule die von allen niedersächsischen Universitäten am schlechtesten ausgestattete sei, dies unter keinen Umständen leisten könne.

„Disziplinarverfahren unverständlich“

Nach zweistündiger Diskussion hat der Senat in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die Anweisung des Niedersächsischen Wissenschaftsministers kritisiert, gegen die Regierungsamtmännin Helga Wilhelm wegen ihrer Kandidatur für die DKP im Jahre 1976 und ihrer Mitgliedschaft im Bezirksvorstand der Partei disziplinarisch vorzuermitteln. Bei der Resolution handelt es sich um einen Text, der in sehr mühevollen Verhandlungen zustandekam und, wie es heißt, die Grenzen der Kompromißbereitschaft der Hochschullehrergruppe „Demokratische Hochschule“ einerseits und die der linken Gruppierungen andererseits erreichte. Der Beschluß im Wortlaut: „Der Senat der Universität Oldenburg hat seine große Sorge über die Absicht der Niedersächsischen Landesregierung zum Ausdruck gebracht, gegen Beamte und Angestellte, die zum Teil bereits seit langer Zeit unbeanstandet an Schulen und Hochschulen des Landes tätig sind, wegen ihrer Kandidatur auf einer Liste und anderen Aktivitäten für eine nicht für verfassungswidrig erklärte Partei „disziplinarische Vorermittlungen“ einzuleiten. Mit der jetzigen Anweisung des Ministers für Wissenschaft und Kunst an den Präsidenten, Vorermittlungen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Frau Wilhelm durchzuführen, wird auf eine in das Jahr 1976 zurückreichende Kandidatur zur Kommunalwahl zurückgegriffen, deretwegen seinerzeit bereits eine Untersuchung gegen Frau Wilhelm eingeleitet worden war, die jedoch eingestellt worden ist. Die erneute Aufnahme des Verfahrens gegen Frau Wilhelm veranlaßt den Senat der Universität Oldenburg zu folgender Stellungnahme: Frau Wilhelm ist seit der Universitätsgründung an unserer Hochschule tätig. Ihre Arbeit in der Hochschul-

verwaltung gibt keinen Anlaß für disziplinarische Maßnahmen. Wir halten disziplinarische Maßnahmen gegen Beamte und Angestellte, denen ihre Kandidatur und andere Aktivitäten für eine nicht für verfassungswidrig erklärte Partei vorgeworfen wird, nach wie vor für verfassungswidrig bedenklich. Insbesondere bleibt unverständlich, warum ein 1977 offenbar von der Niedersächsischen Landesregierung selbst aufgrund ihrer eigenen Rechtsauffassung eingestelltes Überprüfungsverfahren jetzt wieder aufgegriffen wird. Zugleich möchten wir auf die politischen Folgen hinweisen: In einer Demokratie trifft die Frage, ob Personen wegen bestimmter politischer Überzeugungen oder Handlungen vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollen, einen äußerst empfindlichen Zusammenhang. An der Handhabung dieser Frage wird - besonders in der Jugend und im Ausland - die Glaubwürdigkeit und Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik gemessen. Deshalb sollte in solchen Fällen der Grundsatz gelten, daß die Grundrechte der Betroffenen aufs äußerste respektiert und sämtliche Argumente, die gegen eine berufliche Einschränkung sprechen, berücksichtigt werden müssen. Eine strikte Einhaltung dieser rechtlichen Schutzwürdigkeit des Einzelnen ist gerade denjenigen wichtig, die mit den politischen Zielen der DKP nicht übereinstimmen. Denn es ist zu befürchten, daß die notwendige politische Auseinandersetzung mit der DKP durch solche Maßnahmen erheblich erschwert wird. Unter demokratischen Bedingungen kann und darf dies nur mit politischen, nicht mit disziplinarischen Mitteln erfolgen. Für die Disziplinarverfahren gegen Frau Dr. Fleßner, Frau Dröge und Frau Wilhelm können wir nach diesem Grundsatz die Rechtfertigung

nicht erkennen. Die Betroffenen sind seit Jahren an der Hochschule tätig und haben aus ihrem Eintreten für die DKP nie Hehl gemacht. Daß eine Kandidatur zur Kommunalwahl nun - anscheinend schematisch - ein Disziplinarverfahren auslösen soll, halten wir für unverständlich. Wir bitten, die Absicht zu revidieren.

ZpB befürchtet Chaos

Lösungen zur Sicherung und Koordination der schulpraktischen Ausbildung in den ein- und zweiphasigen Studiengängen stehen weiterhin aus. Das bildungspolitische „Schwarzer-Peter-Spiel“, das der Universität durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Zusammenhang mit den Stellenstreichungen aufgezungen wurde, schlägt zu Lasten der betroffenen Studierenden und der Mitarbeiter im Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) inzwischen voll durch. Die Studenten, die sich im Rahmen der ELAB zum unterrichtspraktischen Halbjahr ab 1. August 1983 angemeldet haben, warten seit Beginn des Semesters auf einen ersten Zuordnungsvorschlag. Obwohl dieser noch aussteht, hat das ZpB auf Bitten des ELAB-Präsidenten die betroffenen Studierenden zur üblichen zweiten Informationsveranstaltung am Freitag, 19. November, 14.00 Uhr, Hörsaal F, eingeladen. Für die Studierenden der zweiphasigen Lehrerausbildung ist derzeit noch völlig offen, ob und inwieweit die notwendige Zuweisung von Praxisplätzen für das allgemeine Schulpraktikum bzw. das Fachpraktikum personell gesichert werden kann. Aus etlichen Veranstaltungen und von vielen betroffenen Studierenden liegen zur Zeit noch keine endgültigen Anmeldungen vor. Als allerletz-

Neue Kooperationsstelle zwischen Uni und DGB

Mit 1.887.550 DM fördert das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft das Forschungsvorhaben „Regionale Öffnung der Hochschul-forschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen - Untersuchung der Möglichkeiten einer

kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Gewerkschaften“. Seinen niedersächsischen „Stammstitz“ wird dieses Forschungsvorhaben im Gewerkschaftshaus an der Kaiserstraße in Oldenburg haben. Dort richteten die Universität Oldenburg und der DGB-Landesbezirk Niedersachsen eine gemeinsame Kooperationsstelle neu ein. Solche Büros gibt es außerdem in Dortmund, Hamburg, Kassel und Tübingen. Vor dem Senat der Universität wies Karl Neumann, stellvertretender DGB-Landesbezirksvorsitzender von Niedersachsen und Leiter des Kooperationsausschusses DGB-Universität Oldenburg, darauf hin, daß beide Seiten gute Erfahrungen mit der Zusammenarbeit gemacht hätten, nachdem 1974 eine Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Partnern abgeschlossen worden sei. Manfred Klöpper, der Leiter der neuen Einrichtung, verspricht sich durch das Projekt eine noch weitergehende Effektivierung der Arbeit. Die neuen Projekte richten sich besonders auf die Probleme der regionalen Arbeitsmarktstruktur, die Umweltprobleme am Arbeitsplatz, auf Umweltprobleme an der Nordsee sowie auf neue Technologien und ihre Folgen. Dr. Jürgen Weißbach erinnerte an die lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen der Universität und den Gewerkschaften in Oldenburg, die bereits in den 60er Jahren den Austausch zwischen universitärem Lehrbetrieb und industriellem Arbeitsbereich ermöglicht hätte. Eine Kooperation, so betonte Karl Neumann, die von gleichberechtigten Partnern getragen werde, bedeute dabei „nicht ideologische Einflüsse oder Indienstnahme staatlicher Einrichtungen für partikuläre Interessen“.

Metapher des Kindes

Professor Dr. Hermann Helmers, Hochschullehrer im Fachbereich 2, hält am Freitag, 26. November, 14.00 bis 16.00 Uhr, im Rahmen des sprachwissenschaftlichen Kolloquiums einen Vortrag zum Thema „Die Metapher in der Sprachentwicklung des Kindes“. Der Vortrag ist im Verfügungsgebäude, Raum 406.

Ed-Kröger-Trio im Kammermusiksaal

Ed Kröger, Nebenamtliche Lehrkraft für Klavier im Fachbereich 2 „Kommunikation/Ästhetik“, gibt am Mittwoch, 8. Dezember, 20.00 Uhr, mit seinem Trio ein Modern-Jazz-Konzert im Kammermusiksaal.

Kartensammlung im neuen Raum

In der Darstellung der Universitätsbibliothek im letzten uni-info treffen für den Saal 6 die Angaben nicht mehr zu. Die Kartensammlung befindet sich jetzt im Raum B 231 (Tel. 2274). Die Öffnungszeiten sind montags bis freitags von 9.30 - 12.00 Uhr.



Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (0441) 2006-0

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88



Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-maschinen mit Service und Garantie.

Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelschreibmaschinen ab 490 DM
Elektronische Typenrad-Schreibmaschinen ab 898 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.

Verkauf und Service in Oldenburg:

ebz ERLBECK
BÜROTECHNIK
Donnerschwer Straße 91
29 Oldenburg, Tel. 0441 85125

BÜCHER FÜR STUDIUM UND BERUF



AUS DER COLLECTIV-BUCHHANDLUNG
Donnerschwerstraße 12
Telefon (04 41) 8 74 49
2900 Oldenburg

Für Optik - Foto - Film - Kino + Projektion sind wir Ihr richtiger Partner.

Dipl.-Optiker WALTER
Inh. W. D. Heß
staatl. gepr. Augenoptiker
Fachmännische Beratung
Kurwickstr. 34/ Ecke Mottenstr. - Hauptstr. 35
Telefon (04 41) 1 30 70

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G

1871 1971
BUCHHANDLUNG BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

Kopien wie gedruckt

Schnelldruck · Einbinden

Erstklassige Kopien auf Normalpapier! Auf Wunsch fix und fertig sortiert und geheftet.

KOPIERDIENST
Ammerländer Heerstraße 88
2900 Oldenburg
Tel. (04 41) 7 63 74

Naturläufer



Der besondere Schuh aus Bad Honnef „Der Schuh“ seit es Schuhe gibt

Alleinverkauf in Oldenburg

EGGERS
jetzt in der City Baumgartenstr. 8
Tel. 1 30 07

Junge Mode creation

Kleinkram auto Schmuck

WAREL SCHLOßPLATZ 8
OLDENBURG LANGE STR. 16
JELER WASSERWEG 139 B
LEER MÜHLENSTR. 54
WILHELMSHAVEN KJELER STR. 4

Ihr Partner bei all' Ihren Aufgaben für die Druckindustrie

Littmanndruck Offsetdruck · Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52